

„Keine Stimme für die Kanzlerschaft Merkels“

Gemeinsam mit Sahra Wagenknecht bildet **Dietmar Bartsch** das Spitzenduo der Linken für die Bundestagswahl. „Wir wollen einen Politikwechsel“, sagt er. Ziel ist es, noch besser für eine solidarische Grundsicherung und gegen Kriege zu kämpfen.

Interview: **Sven Bargel und Frank Behrens**

Herr Bartsch, wie schätzen Sie die Oppositionsarbeit der vergangenen vier Jahre ein?

Wir hatten eine besondere Verantwortung, weil die Regierungskoalition zahlenmäßig in komfortabler Position war. Wir wollten dennoch deutlich machen, dass es Alternativen zur Großen Koalition gibt. Das ist uns gelungen: So gab es noch nie so viele Untersuchungsausschüsse wie in dieser Legislaturperiode. Einige haben wir mit den Grünen gemeinsam initiiert. Wir haben mit großer öffentlicher Wirkung die meisten Kleinen Anfragen gestellt.

War die Zusammenarbeit mit den Grünen gut?

Wir haben uns gegenseitig unterstützt, wo das sinnvoll war. Fakt ist aber auch: Die grüne Fraktionsführung hat ein Ziel – sie will um jeden Preis in die Regierung. Egal wie und egal mit wem. Das trifft besonders auf die Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl zu. Wenn Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt nach dem 24. September nicht in der Bundesregierung sitzen, sind sie aus grüner Sicht gescheitert. Das ist bei uns anders. Wir wollen vor allem einen Politikwechsel und würden dafür auch Regierungsverantwortung übernehmen.

Wo gab es konkrete Erfolge für Ihre Fraktion?

Wir haben während der ganzen Legislatur dafür geworben, dass sich die reale Mehrheit im Bundestag links der Union manifestiert. Das wurde leider nur am letzten Sitzungstag Wirklichkeit, als wir die Ehe für alle gemeinsam mit SPD und Grünen und einigen Stimmen aus der Union beschließen konnten.

Die Achse der Politik nach links verschieben

Dann gibt es Dinge, die mittlerweile als Normalität abgehakt werden wie der Mindestlohn, den die Große Koalition gleich zu Beginn der Legislatur 2013 beschlossen hat. Das betrachte ich auch als unseren Erfolg. Wir haben den ersten Antrag zum Mindestlohn 2001 in den Bundestag eingebracht. Anfangs waren alle dagegen. Auch viele Gewerkschaften, SPD und Grüne. Und wir haben Transparenz hergestellt, etwa bei Rüstungsexporten.

Nun hat SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles einen Entwurf vorgelegt, nach dem Flüchtlinge für einen Euro pro Stunde beschäftigt werden können. Ist das eine Provokation für Sie?

In der Tat! Durch derartige Vorschläge, Geflüchtete als billige Arbeitskräfte zu missbrauchen, wird der Versuch gemacht, den Mindestlohn nach unten aufzuweichen und Zwietracht in der Gesellschaft zu säen.

Gab es auch Misserfolge?

Für mich sind Misserfolge, wenn Untersuchungsausschüsse wenig bewirken oder sehr vieles offenbleibt. Beispielsweise beim Abgasskandal. Oder wenn wir Anträge stellen wie den Waffenexport nach Saudi-Arabien zu verbieten und kein SPD-Abgeordneter stimmt mit uns. Obwohl viele unsere Meinung teilen. So etwas ist enttäuschend. Aber das muss man als Opposition ertragen. Wir wissen: Wenn man die Achse der Politik insgesamt nach links verschieben will, geht das nicht im Bundestag allein.



Dietmar Bartsch ist bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen – aber nicht um jeden Preis.

Eine Enttäuschung ist sicher auch der Dieseltgipfel für Sie gewesen ...

Es handelt sich um einen der größten Skandale der deutschen Industriegeschichte. Allerdings hatte ich keinen wesentlichen Fortschritt erwartet. Weder die Opposition noch Umweltverbände waren mit am Tisch.

Für mich verbinden sich mit dem Abgaskandal viele grundsätzliche Fragen: Warum konnte es ihn überhaupt geben? Wo hat Politik versagt? Wie steht es mit dem Öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland, wenn so viele Leute auf das Auto angewiesen sind? Darüber hinaus stellt sich die Frage, warum Ingenieurskunst so missbraucht werden konnte. Wenn man sich vorstellt, dass Autos so manipuliert wurden, dass sie eine Testsituation in der Werkstatt erkennen ... Und die Konsequenzen für VW und andere stehen hierzulande in keinem Vergleich zu denen in den USA.

Es entsteht eine Situation, die an die milliardenschwere Bankenrettung erinnert. Was hat denn der Verkehrsminister Dobrindt all die Jahre gemacht? Das ist eine Frage, die die Wähler sich auch stellen sollten.

Wann soll Deutschland aus Verbrennungsmotor und Kohle-verstromung aussteigen? Die Grünen sagen, spätestens 2030.

Der letzte Kohlemeiler sollte 2035 vom Netz gehen. Für die Motoren kann man meines Erachtens jetzt seriös keine Daten nennen. Dass wir andere Technologien brauchen, ist unbestritten.

Die Pariser Klimaziele stehen und müssen eingehalten werden. Für Deutschland ist 2020 ein wichtiges Etappenziel. Das muss in der nächsten Legislaturperiode gemeinschaftlich angegangen werden. Das Thema ist für parteipolitische Propaganda zu ernst.

Wo steht Deutschland denn Ihrer Meinung nach bei den Klimazielen?

Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir die Ziele nicht erreichen. Bei der Kohlepolitik muss ein Ruck durchs Land gehen, da müssen wir alle hart arbeiten, den Ausstieg sozial- und umweltverträglich zu bewerkstelligen. Auf dem G20-Gipfel war klimapolitisch leider nicht viel mehr zu hören als wohlfeile Worte.

Ist die Privatisierung der Autobahnen eigentlich noch zu stoppen?

Die Tür ist durch den Beschluss des Bundesrates aus dem Frühsommer leider einen Spalt weit geöffnet für die Privatisierung. Wir sind strikt dagegen. Private wollen Gewinne machen, was sonst. Auf der anderen Seite haben die verschiedenen Initiativen einiges erreicht gegenüber den ursprünglichen Absichten von Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Mal einen Blick über die deutschen Grenzen hinaus geworfen – wie schätzen Sie den Konflikt zwischen Russland und der Nato ein?

Es ist ein Konflikt in der Logik des vorigen Jahrhunderts. Wir wollen ein System kollektiver Sicherheit unter Einschluss Russlands schaffen. Kritik an Russland ist notwendig, denn Menschenrechte sind unteilbar, das Völkerrecht auch. Die Lage Homosexueller müssen wir genauso ansprechen wie die Oppositioneller, übrigens in vielen Ländern der Welt. Wer Russland kennt, weiß, dass dieses Land niemals durch Sanktionen in die Knie zu zwingen ist.

.....
„Kriegseinsätze sind mit uns niemals zu machen“

Was die Nato angeht: Die sorgte im vorigen Jahrhundert mit dem Warschauer Vertrag für ein Gleichgewicht des Schreckens. Ihre Ausdehnung bis an die russischen Grenzen musste Moskau provozieren.

Sie lehnen Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich ab. Das ist ein Thema, das einer rot-rot-grünen Koalition im Wege steht ...

Aus den Reihen der Sozialdemokraten gibt es regelmäßig zahlreiche Gegenstimmen zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr. Für große Teile der SPD-Basis wäre es Befreiung, wenn die Parteiführung endlich umschwenken würde.

Afghanistan ist ein abschreckendes Beispiel: Die Bundeswehr steht dort seit 15 Jahren und es hat sich kaum etwas zum Besseren gewendet. Wo ist das Szenario für ein zukunftsfähiges, befriedetes Afghanistan? Das hat niemand. Das trifft auch auf Mali zu.

Letztendlich ist es immer interessengeleitete Politik, häufig geht es um Rohstoffe, wenn der Westen in solchen Ländern militärisch eingreift. Wer Waffen

und Soldaten in alle Welt schickt, darf sich über blutige Konflikte und daraus resultierende Flucht und Vertreibung nicht wundern.

Ich frage mich, warum es im Westen zu den aktuellen Hungerkatastrophen so still ist. Im Jemen, in Somalia, im Südsudan, in Äthiopien, in Nigeria hungern Millionen Menschen, täglich sterben viele Kinder. Das ist hier praktisch kein Thema. Die politische Linke und die Partei Die Linke wird den Krieg als Mittel der Politik nie akzeptieren. Es muss eine Partei geben, die dazu Nein sagt. Damit gehen wir in die Wahlen.

Dass es bei etwaigen Koalitionsverhandlungen zu Kompromissen kommen wird, ist trivial. Dass es in der Linken-Fraktion im Detail auch unterschiedliche Sichten gibt, ist bekannt. Aber Kriegseinsätze sind mit uns niemals zu machen.

Apropos Migration: Stehen Sie in der Flüchtlingspolitik eigentlich an der Seite von Angela Merkel oder von Sahra Wagenknecht?

(lacht) Ich stehe gemeinsam mit Sahra Wagenknecht auf der Grundlage unseres Wahlprogramms. Fakt ist: Die Linke hat nie irgendeiner Asylrechtsverschärfung im Bundestag zugestimmt. Zweitens: Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Linke Politik bedeutet, überall gute Lebensbedingungen herzustellen, dass niemand fliehen muss. In Deutschland darf das Engagement von Menschen für Geflüchtete nicht zerstört werden. Deshalb brauchen wir einen sozialen Aufbruch für alle, für Geflüchtete wie für Bedürftige hierzulande. Das ist finanziell möglich. Angela Merkel blieb allerdings die Antwort schuldig, wie wir das schaffen.

Zugleich dürfen wir nicht zulassen, dass bestimmte Länder sich aus der europäischen Solidarität ausklinken. Das trifft etwa auf Polen und Ungarn zu, aber auch Großbritannien und Frankreich machen zu wenig.

Sie haben den sozialen Aufbruch erwähnt – wie sehen Sie die Zukunft von Hartz IV?

Für uns war und ist Hartz IV Armut per Gesetz. Auf der anderen Seite ist eine komplette Rücknahme heute eine unrealistische Vorstellung. Aber es müssen viele Punkte geändert werden. Wir brauchen eine solidarische Grundsicherung. Eine Mindestrente von 1.050 Euro ist ein vordringliches Projekt.



Seit 2010 gehört Dietmar Bartsch zum Vorsitz der Linken-Bundestagsfraktion.

litionen, ich werbe für die Linke und ihre Kandidatinnen und Kandidaten. Wir sind die einzige Partei, die im nächsten Bundestag keine Stimme für die Verlängerung der Kanzlerschaft Merkels geben wird. Bei SPD und Grünen ist das offen. Was eine Option links der Union angeht, sind nur wir klar dafür, wenn es einen Politikwechsel gibt. Wenn die Linke Stimmen hinzugewinnt, wird es für jede etwaige weitere Merkel-Regierung schwieriger.

Was ist dran an Martin Schulz' Vorwurf, Merkels passiver Wahlkampfstil entpolitisiere das Land?

Das ist eine legitime Form des Wahlkampfes. Ich sehe in Schulz' Vorwurf eine Menge Selbstkritik. Er hat es nicht geschafft, Themen zu setzen. Merkel verwaltet das Land nur, wird jedoch als Garant der Stabilität geschätzt. Daher wundert es nicht, dass der Wahlkampf bisher ist wie er ist. Dabei ist der soziale Zusammenhalt in Deutschland ernsthaft bedroht.

„Merkel verwaltet das Land nur“

Wo würden Sie die Kanzlerin stellen?

Wie sah Europa bei ihrem Amtsantritt aus? Wie sieht es heute aus? Die Jugendarbeitslosigkeit in den Südländern bringt eine Generation der Hoffnungslosigkeit, der Brexit, erstarkte rechtspopulistische Parteien, gar Regierungen ... Da muss man sie stellen. Finanzminister Schäuble macht die schwarze Null zu seinem Denkmal. Aber die gescheiterte Brennelementesteuer, der Schaden durch Cum-Ex-Bankgeschäfte, der nachlässige Umgang mit den Panama Papers – dort ist die Bilanz der Regierung schlecht! Auch Themen wie die Nöte der Soloselbstständigen, die Kinderarmut spart diese Koalition vollkommen aus. So darf es nicht weiter gehen.

Sicher ist: Sollte es numerisch reichen, müsste die SPD dieses Mal zumindest mit uns reden. Wobei wir wissen, dass Koalitionen nie leicht sind. Gerade für linke Parteien ist es besonders schwierig. Konservative Regierungen sind sich selbst genug. Linke wollen etwas zum Besseren verändern. ●

Wäre da nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen die Lösung?

Das ist eine der spannenden Diskussionen. Sie wird auch in der Linken kontrovers geführt. Ich bin eher skeptisch, weil ich mir ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle schwer vorstellen kann. Ich befürworte eine solidarische Grundsicherung.

Wer gearbeitet hat, muss am Ende mehr haben. Aus meiner Sicht müsste differenziert werden. Aber Armut muss es in unserem reichen Land nicht geben.

Wie realistisch ist derzeit eine rot-rot-grüne Koalition?

Es werden Parteien, keine Koalitionen gewählt. Ich werbe daher nicht für Koa-